

Einzelpreis 70 Heller.

Abonnementspreise: 1. Jahrgang 2.00, 2. Jahrgang 2.00, 3. Jahrgang 2.00.

Telephon: 5795. Tagesredaktion: 5795. Nachredaktion: 5792.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei mehreren Einschaltungen Dreissachlag.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich Kr 16.— vierteljährlich 48.— halbjährlich 96.— ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

3. Jahrgang.

Sonntag, 4. November 1923.

Nr. 258.

„Schwäche“ der Sozialdemokraten?

Zum Artikel: Sachsen und die „proletarische Einheitsfront“.

Bis vor wenigen Wochen haben die „führenden“ Kommunisten selbst die Taktik der Purtsche verworfen, für welche die deutsche Arbeiterchaft schon so oft nutzlose Blutopfer hat bringen müssen und Herr Nabel erklärte in der „Roten Fahne“, die kommunistische Partei für zu schwach und unfähig, irgendwelche „Missionen“ zu unternehmen. Auch Trotzki bedeutete ihr, daß sie zur Zeit auf keine Hilfe Rußlands rechnen könnte. Dennoch begannen die Kommunisten sofort wieder ihre Revolutions- und Spielereien, als Arbeitslosigkeit und Hunger die Proletariermassen zu peinigen begannen. In Hamburg gelang es den Kommunisten, ihre Anhänger auf die Barrikaden zu hegen; die Folge war die blutige Niederwerfung des Aufstandes, ohne daß die Kommunisten dann für die Familien der erschossenen Arbeiter eine Hand gerührt hätten. Die Sorge für diese unglücklichen Opfer ihrer Irrsinnspolitik überließen sie den Sozialdemokraten! In Sachsen nun traten, angeblich zum „Schutze der Republik“, die Kommunisten mit unseren Genossen in die „Einheitsfront“, aber auch nicht einen Tag stellten sie ihre Kräfte gegen die Demokratie ein und das Zusammengehen in der Landesregierung diente ihnen nur als Schutz und Rückendeckung für die Propagierung ihrer Generalsstreikparolen. So war ihnen auch die Vertreibung im Ministerium Zeigner nur Mittel zum Zweck, ihre Methoden um so besser und geschickter zur Anwendung zu bringen. Sie gingen in die Regierung und versprachen, die Verfassung zu schützen, aber zugleich schürten und organisierten sie den Widerstand gegen sie, wobei sie nur auf den Moment warteten, um ganz „kommunistisch reden“ zu können. Ihre Beieiligung an der Regierung diente nur der Vorbereitung, in dem ihnen geeigneten Momente die Arbeiterchaft als Instrument für ihre Pläne nach Hamburger Muster zu verwenden.

Nur böswilligste Entstellungssucht wird uns zumuten, daß wir eine Rechtfertigung des idiotischen Handstreichs gegen die sächsische Regierung bezwecken, wenn wir sagen, daß das hinterhältige Spiel der Kommunisten der lauernden Reaktion die formelle Handhabe zur Absetzung der Regierung Zeigner bot. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die Kommunisten es darauf angelegt hatten — was auch aus allen ihren Handlungen hervorgeht — die Verwirrung zu vergrößern, die Demokratie zu kompromittieren, sie zu schädigen, zu unterhöhlen, weil sie noch immer hoffen, auf deren Trümmer ihre Diktatur aufzurichten zu können.

Was hätte nun unsere Partei den Ratschlägen der Kommunisten zufolge nach erfolgter Absetzung der Zeigner-Regierung zu tun gehabt? Vor allem: unverzüglich aus der Reichsregierung auszutreten. Nun, dazu bedurfte es nicht erst des Ratschlages der Kommunisten. Es war sichtbar, daß nach dem sächsischen Vorfall für unsere Vertreter keines Bleibens in der Regierung Stresemanns sein könne. Einen „Verrat“ darin zu sehen, daß die sozialdemokratischen Minister nicht sofort aus eigenem Entschlusse davonliefen, sondern die Entscheidung der Reichstagsfraktion vorlegten, und daß diese für ihr ferneres Verbleiben in der Koalition voreerst Bedingungen stellte, das blieb der Verleumdungssucht der Kommunisten vorbehalten. Wer in der Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierungsgewalt nichts anderes als eine „Gefälligkeit für die Bourgeoisie“ sehen will, und wer übersteht, daß der Austritt in der jetzigen Zeit in jedem Falle eine Verminderung des Einflusses der Arbeiterchaft auf die Staatspolitik und Staatsverwaltung zur Folge hat, der wird es natürlich auch nicht verstehen, daß unsere Genossen, bevor sie den Schritt taten, gewissen-

Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte!

Heißt dem Proletariat Deutschlands! Unterstützt nach Kräften unsere Bruderorganisationen im Deutschen Reiche.

Gebt rath, die Stunde ist ernst und die Not drängt!

Die wirtschaftliche Not in Deutschland wächst. In den Industriegebieten herrscht Mangel an Nahrungsmitteln und dort, wo sie beschafft werden können, fehlt es den Arbeitern an Mitteln, sie zu kaufen. Immer tiefer sinkt die Mark, immer höher steigen die Preise. Alle bisher gegen die entsetzlichen Folgen des Friedensvertrages unternommenen Maßnahmen konnten die Ausdehnung des wirtschaftlichen Elends nicht aufhalten. Die monatelange Abkürzung des Ruhrgebietes vom Deutschen Reiche durch den französischen Militarismus und der Zusammenbruch des Abwehrkampfes haben die Leiden der deutschen Arbeiterklasse bis zur Unerträglichkeit gesteigert.

Bedrängt und heimgesucht von schwerster wirtschaftlicher Not muß sich das deutsche Proletariat gegen zahllose Feinde zur Wehr setzen. In Bayern rebelliert die Regierung gegen eine einheitsliche Reichspolitik und hält mit Gewalt die organisierte Arbeiterchaft nieder. In anderen Teilen des Deutschen Reiches nützen die Reaktionen die Kundgebungen hungernder Menschen zu einer wilden Hege gegen sozialistische Organisationen aus, die sie mit Polizei und Militärgevalt niederzwingen wollen. Verantwortungslose kommunistische Agitatoren versuchen im allgemeinen Chaos ihre politischen Sondergeschäfte zu machen, verschlimmern die Verwirrung und fördern so die Reaktion. Der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands, den Gewerkschaften und der Partei droht daraus schwere Gefahr.

Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des deutschen Proletariats stehen in diesen ernsten Tagen der kaum zu bewältigenden Aufgaben. Ihre Leistungsfähigkeit gegenüber den außerordentlichen Anforderungen ist durch die Marktenwertung bedrohlich geschwächt. Es ist ihnen kaum mehr möglich, die unerlässlichen und dringendsten Ansprüche zu befriedigen. Der Bestand ihrer mustergültigen Einrichtungen ist mangelnd an Mitteln erschüttert. Mit Ausnahme weniger Verbände haben alle Gewerkschaften Deutschlands ihre Fachpresse eingeschränkt, so daß sie selbst den bescheidensten Bedürfnissen nicht mehr entspricht. Nicht anders steht es mit der politischen Arbeiterpresse. Und gerade jetzt brauchen die Arbeiter und Angestellten des Deutschen Reiches in viel höherem Maße als sonst ihre wichtigste Waffe, die Presse, und starke ungeschwächte Organisationen.

Seit es eine sozialistische Arbeiterbewegung in der Welt gibt, standen die Arbeiter Deutschlands stets in den ersten Reihen. Immer waren sie hilfsbereit und kein großer Kampf ist geführt worden, den die Gewerkschaften und die politischen Organisationen Deutschlands nicht auch stets in reichlichem Ausmaße mit Mitteln unterstützt hätten. Ihre Opferbereitschaft und ihre politische Solidarität ist den Arbeitern vieler Länder und auch und in deutlicher Erinnerung. Wir erwidern nur die uns in früheren Jahren erwiesene Solidarität, wenn wir uns jetzt und in den nächsten Wochen überall und mit allen Kräften dafür einsetzen, Mittel zur Unterstützung des deutschen Proletariats und zur Erhaltung ihrer Organisationen aufzubringen. Wir fordern deshalb alle gewerkschaftlichen und politischen Organisationen auf, sofort in möglichst großem Umfange das Hilfswerk für unsere Brüder und Schwestern in Deutschland zu organisieren.

Ueber das hinaus, was die Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei für ihre Bruderorganisationen bereits getan haben und noch tun werden und was die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei der reichsdeutschen Bruderpartei zuwendet,

müssen überall durch Sammlungen in großem Umfange Mittel aufgebracht werden.

Deren Durchführung obliegt den Verbänden und ihren Ortsgruppen und den sozialdemokratischen Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen. Die aufgetragenen Gelder sind auf dem raschesten Wege an die gemeinsame Hilfskassette, die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Reichenberg, Färbergasse 111, zu überweisen.

Alle weiteren Vorschläge erhalten die Gewerkschaftsverbände und Ortsgruppen durch die Zentralgewerkschaftskommission und die sozialdemokratischen Kreis- und Bezirksorganisationen vom Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Nun, an die Arbeit! Heißt rath, soweit die Kräfte reichen!

Partei-Vorstand
der deutschen sozialdemokratischen
Arbeiterpartei.

Zentralgewerkschaftskommission
des Deutschen Gewerkschaftsbundes
in der Tschechoslowakei.

haft überlegten und jene Bedingungen stellten, welche die Reichsregierung sichtbar vor dem Urteil der Bevölkerung ins Unrecht setzen sollten. Gewiß: der Augenblick erheischte den Austritt der Partei aus der Koalition, damit die Partei ihre Handlungsfreiheit zurückerwinne, aber man kann auch in dieser Wendung nicht lauter Vorteile erblicken, denn erstens ist die wiedergewonnene Handlungsfreiheit angeht die der ganzen Verhältnisse doch nur eine beschränkte, es wäre also verfehlt, an sie übertriebene Hoffnungen zu setzen, zweitens wird gerade die Bourgeoisie nicht ungehalten sein, wenn bei den kommenden Entscheidungen die Sozialdemokratie in der Regierung kein Mitbestimmungsrecht hat. Es ist außer Zweifel, daß unseren Genossen die Sorge um die Erhaltung des Parteigegens keine andere Wahl übrigließ, als sich von der Regierung loszu-

lösen, aber die gewissenhafte Prüfung der Lage zwingt zur Erkenntnis, daß dieser Schritt neben dem Parteivorteil auch Gefahren für das deutsche Proletariat, für die demokratische Republik und für das Reich mit sich bringt. Es wird nicht wenige geben, welche in der feinerzeitigen Auskultung der Sozialdemokratie von der Regierungsmacht die Ursache der Möglichkeit des unseligen Regimes Cuno erblicken, das die Verhältnisse in Deutschland in das heutige unsagbare Chaos geführt hat. Und es werden, was immer auch geschehen mag, schließlich die großen Fragen der finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung Deutschlands und der Reparationen zu lösen sein, wobei es wahrhaftig nicht gleichgültig erscheinen kann, ob diese Lösungen im Sinne der Bourgeoisie oder der breiten Volksschichten erfolgen. So zwingend die Handlungsweise der deutschen

Sozialdemokraten aus dem Selbsterhaltungstrieb gegenwärtig auch ist, darf nicht unbeachtet bleiben, daß die Kommunisten auf die Sprengung der Koalition aus ganz anderen Gründen hinarbeiteten.

Ein weiterer „Verrat“ der Sozialdemokraten soll darin liegen, daß sie nach der Absetzung der Zeigner-Regierung doch wieder an die Bildung einer Regierung in Sachsen schritten, um die Herrschaft des eingekerkerten Regierungskommissars unmöglich zu machen. Offenbar hätten die Kommunisten ein dauerndes Regime des Diktators Dr. Seizinger lieber gesehen, als die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Einer solchen Frivolität konnte die Politik der sächsischen Sozialdemokraten naturgemäß nicht zuneigen, denn die Herrschaft des Reichskommissars hätte sehr bald alles niedergedrückt, was die sozialistischen Regierungen Sachsens in jahrelanger Arbeit aufgerichtet haben. Sie mußten wenigstens ihren Einfluß auf die Verwaltung zu bewahren suchen, wenn es schon nicht möglich war, die rein sozialistische Regierung am Ruder zu erhalten. Welche abgrundtiefe Heuchelei liegt aber darin, wenn die Kommunisten die Bildung der neuen sozialdemokratischen Regierung förmlich als eine „Schwäche“ und einen „Verrat“, als ein „Hilfsleistung für den kapitalistischen Staat“ ausschreien, während sie im sächsischen Landtag selber bei der Wahl des neuen Ministeriums indirekt mithalfen, indem sie sich der Abstimmung enthielten. Es war in ihrer Macht gelegen, die Bildung des Ministeriums unmöglich zu machen. Das taten sie nicht, aber um so eifriger öffneten sie nachher über den „Verrat“ der Sozialdemokraten ihre Schimpfblusen.

Was an sozialdemokratischer „Freiheit“ und „Verräterei“ sonst noch übrigbleibt, das ist, daß unsere Partei nach kommunistischem Bunde nicht sofort den — Generalstreik verkündete, welche Parole sozusagen das tägliche Brot der kommunistischen Kurpfuscher geworden. Eisher ist, daß der Generalstreik ein Mittel des Kampfes der Arbeiterchaft bleibt, aber ein letztes. Ihn, wie es die Kommunisten tun, als Mittel zur Anwendung bringen wollen, heißt, dieses revolutionäre Kampfmittel wirkungslos machen und es ebenso heillos zu kompromittieren, wie die Kommunisten die Revolution und den Sozialismus kompromittiert haben. Daß die Sozialdemokratie die Waffe des Generalstreiks zu handhaben weiß, hat das durch den Widerstand der Arbeiterchaft herbeigeführte schmachvolle Ende des Kapp-Putschs gezeigt. Seither haben sich aber die Dinge in Deutschland geändert, so daß es längst fraglich geworden ist, ob jetzt ein Generalstreik noch gleich wirkungsvoll und siegreich verlaufen würde, wie beim Kapp-Putsch. Er könnte nicht mehr so durchgreifend durchgeführt werden, da viele Beamten- und Angestelltenkreise nicht mehr mitmachen würden, und was das Entscheidende ist: infolge der schlechten Konjunktur würde ein Generalstreik die Unternehmer nicht treffen, viele wären sogar froh, eine Zeilang der Verpfändung, ihren Arbeitern Lohn zu zahlen, entbunden zu sein, ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter bei der herrschenden Notlage und der Unmöglichkeit, auch nur einen Laib Brot auf Kredit zu erhalten, kaum einige Tage im Streik auszuhalten imstande wären.

Die Kommunisten, welche auf Moskauer Befehl die Sozialdemokraten um jeden Preis verleumden müssen, haben es wunderbar leicht. Sie wissen, daß ja doch nicht geschieht, was sie in ihren Parolen als Mixturen zur Rettung der Arbeiterchaft auszusprechen, darum können sie sich der Pflege der schrankenlosesten Demagogie hingeben. Fragen sie aber dennoch die Arbeiter ins Unglück, dann „revidieren“ sie wieder einmal ihre Taktik und versprechen — bis zum nächsten Sündenfall — alle leichtfertigen Experimente zu unterlassen. Von keinem Verantwortlichkeitsgefühl für das Schicksal der Arbeiterchaft beschränkt, klagen sie die Sozialdemokraten der „Halbheit“ und „Schwäche“ an, wenn diese die Kräfte des Proletariats nicht in sinnlosen Putsch ver-

puffen. Unsere Partei wäre dem Ideal der kommunistischen Schreier erst dann reif, wenn sie kommunistische Lubendorff-Politik treiben würde. Die Existenz der sozialistischen Bewegung und die Zukunft des Proletariats sind der Sozialdemokratie aber zu heilig, als daß sie den Kommunisten auf ihren Wegen folgen könnte!

Der Kampf um den Zuckerpriis.

Als in den letzten Tagen des Monats September eines der festgefügtsten Kartelle in der Tschechoslowakei, das Zuckerkartell, sich auflöste, haben wir festgestellt, daß die Auflösung dieses Kartells keinen anderen Zweck haben kann, als den Zuckersfabrikanten zu der von ihnen seit Monaten mit aller Kraft angestrebten Erhöhung der Zuckerpriis zu verhelfen. Während sonst die Bildung der Kartelle der Ausschaltung der Konkurrenz der Industriellen untereinander und der Hochhaltung der Priis dient und in den Kreisen der Bevölkerung, die die Organisation der Zuckerpriisproduktion und des Zuckerverkaufes in der Tschechoslowakei nicht kannten, deswegen der Anschein erweckt werden konnte, daß mit der Zerstörung des Kartells eine Verbilligung der Zuckerpriis eintreten wird, war das gerade Gegenteil der Fall. Nachdem das Zuckerkartell infolge des Einspruches der Regierung den Zweck der Zuckersfabrikanten, nämlich die Priis hochzuhalten, nicht mehr diente, haben diese das Kartell gesprengt und versuchen nun, auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln ihr altes Ziel zu erreichen.

Bald nach der Sprengung des Kartells haben die einzelnen Zuckersfabriken, die, wie die Gleichmäßigkeit der sofort zu schilbernden Maßnahmen zwecks Erhöhung der Zuckerpriis zeigt, noch immer feste Vereinbarungen untereinander haben, mit dem Tage des Aufhörens des Zuckerkartells die Fracht nach Laß, die sie bisher den Großabnehmern gewährt haben und die 17 Heller per Kilogramm betragen, abgeschafft, so daß schon hieraus allein eine Vertenerung des Zuckers entstanden ist. Dazu kommt noch folgendes: Während früher die Großabnehmer einen einheitlichen Priis zahlten, gleichgültig, wohin sie die Ware disponiert haben wollten, westwegen auch in der ganzen Tschechoslowakei der Zucker im kleinen zu gleichen Priisen verkauft wurde, gilt der Priis des Zuckers für den Großhandel gegenwärtig ab Raffinerie. Die Fracht muß vom Großhändler bezahlt werden und wird auf Kleinändler und Konsumenten abgewälzt. Die Fracht aber macht keinen geringen Betrag aus. Die in Böhmen gelegenen Zuckersfabriken sehen einen großen Teil ihrer Ware nicht im Inland ab, sondern exportieren sie, weil sie für die Ausfuhr sehr gut gelegen sind (an der Elbe und in der Nähe der Grenze). Soll der Konsum in Böhmen voll befriedigt werden, dann muß die Produktion der mährischen Fabriken herangezogen werden, was naturgemäß große Frachtkosten verursacht. Um diese Frachtkosten allein verteuert sich also der Priis von einem Kilogramm Zucker. Ebenso haben die Zuckerraffinerien die bisher den Großabnehmern gewährten Rabatte eingestellt und auch die Zahlungsbedingungen verschärft. Deswegen ist die Spannung zwischen den verschiedenen Zuckersorten größer geworden, für Grichzucker z. B. verlangen die Fabriken einen größeren Aufschlag als bisher. Endlich sind die Fabriken auch nicht davor zurückgeschreckt, eine offizielle Priiserhöhung durchzuführen, welche am 1. November in Wirksamkeit getreten ist und fünf Kronen per hundert Kilogramm beträgt. Im Dezember ist eine weitere Erhöhung des Zuckerpriises ebenfalls um fünf Kronen angekündigt. So haben die Zuckersfabriken die wenigen Wochen, die seit der Auflösung des

Zuckerkartells verfloßen sind, zu einer ausgiebigen Erhöhung des Zuckerpriises ausgenützt. Das ist alles in einer Zeit geschehen, da die Zuckerpriis auf dem Weltmarkt eine sinkende Tendenz aufweisen. Während man noch vor vier Wochen in Hamburg für den Zuder 27 bis 29 Schilling für ein englisches Gewichtspfund bezahlte, ist der Priis gegenwärtig auf 24 bis 25 Schilling heruntergegangen. Das kommt daher, daß die Zuckereerte auf der ganzen Welt eine außerordentlich reiche ist. Insbesondere das Hauptproduktionsland für Zuder, die Insel Cuba, hat eine besonders gute Ernte aufzuweisen und auch in der Tschechoslowakei ist die Ernte viel besser als sie im vorigen Jahre gewesen ist, obwohl wir schon im Vorjahre eine bedeutende Mehrproduktion gegenüber dem vorvorigen Jahre aufzuweisen hatten. Alle Berichte über die Zuckereerte in der Tschechoslowakei stimmen auch darin überein, daß die heutige Rube viel zu erreicher ist als die vorjährige, so daß die Zuckerausbeute aus der geernteten Menge in der laufenden Kampagne viel größer sein wird als im Vorjahre. Da nun auch die Anbaufläche der Zuckerrube im heutigen Jahre größer war als im vorigen, kann man sich schon vorstellen, was die Zuckerpriisproduzenten verdienen. Die Börse hat dieser Tendenz auch Rechnung getragen, indem die Aktien der Zuckerverte steigen und die Dividenden der Zuckersfabriken (zum Beispiel Schöller, nach kräftigen Abschreibungen und Bildung von Reserven 21%) zeigen, daß die Produktion von Zuder ein sehr ertragreiches Geschäft ist. Während die Zuckersfabriken fortwährend Klagen führen, wie schlecht ihre Geschäfte gehen, wie wenig sie verdienen und durch ihre beweglichen Klagen die Regierung veranlassen wollen, daß sie der Erhöhung des Zuckerpriises stillschweigend zuschaut, haben die informierten Börsenkreise über die Verdienstmöglichkeiten der Zuckersfabriken und über die kommenden Bilanzen eine ganz andere Auffassung. In einer Zeit, da auf dem Weltmarkt die Zuckerpriis eine rückläufige Tendenz aufweisen, da sich im Inlande die Produktionskosten der Zuckersindustrie durch die Herabsetzung der Kohlenpriis erheblich senken, hat eine Erhöhung der Zuckerpriis absolut keine Berechtigung.

Wir wollen nicht verschweigen, daß die einzelnen Produzenten des Zuckers nicht alle in gleicher Weise an der guten Zuckereerte verdienen. Die Raffinerien verdienen weniger, die Rohzuckersfabriken mehr und am meisten die Rubebauern. Die Macht der Agrarier in der Tschechoslowakei hat dazu geführt, daß die Regierung den Rubebauern hohe Priise bewilligt hat, was den Rubebauern und auch den Rohzuckersfabrikanten ermöglicht, ungeheure Gewinne zu erzielen. Wenn sich also die Raffinerie darüber beklagen, daß von den großen Profiten auf sie nur wenig entfällt, so ist das eine Angelegenheit, die sich die Rubebauern, Rohzuckersfabrikanten und Raffinerie untereinander ausmachen mögen. Jedensfalls ist dies kein Grund für die Konsumenten, den scharfen Kampf, den sie gegen die Zuckerpriiserhöhung führen müssen, auch nur im geringsten zu mildern.

Infolge der reichen Weltzuckereerte wird in den nächsten Monaten der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt ein heftiger sein. Die Absicht der Zuckersfabrikanten geht nun zweifellos dahin, die Priise im Inlande hochzuhalten, damit es ihnen ermöglicht wird, falls die Weltzuckerpriis in den nächsten Monaten noch mehr fallen, die Konkurrenz mit dem ausländischen Zuder zu bestehen. Die Lage auf dem Weltmarkt ist aber noch immer so, daß die Zuckersfabrikanten trotz des immerwährenden Sinkens der Weltzuckerpriis in den nächsten Monaten auf ihre Rechnung kommen werden und es ist daher Pflicht der Regierung und der beiden gesetzgebenden Körperschaften, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß es in der Tschechoslowakei, einem der zuckerreichsten Länder der Welt, nicht dahin komme, daß sich die arbeitende Bevölkerung des hohen Priises wegen nicht so viel Zucker kaufen kann, als sie zu ihrer Ernährung benötigt.

Bei den Schachtelmachern.

Von Abg. Dr. Politischer.

Die Bezirkskrankenkasse Grulich-Rokitnik hat mich aufgefordert, im Massensprengel einige Vorträge über die Gefahren des Alkoholismus zu halten; in den abgelegenen, rauhen, unfruchtbaren Tälern des Adlergebirges, das jener Sprengel umfasst, herrscht seit jeder die Not; und um die trockenen Karstpfannen ein wenig schmackhafter zu machen, sie leichter hinunterzubringen, wohl aber auch, um wenigstens auf Stunden den Sorgen und Mühsalen eines ad! so freudlosen Daseins zu entfliehen, greifen die Menschen dort wie überall zum Schnapf; der macht sie krank, die Krankenkasse fühlt! Und darum war der Entschluß der dortigen Bezirkskrankenkasse sowohl im Vorteile der Klasse als auch der Bevölkerung gelegen; es wäre zu wünschen, daß das Beispiel auch anderwärts nachgeahmt würde.

Seit jeher hat das Adlergebirge gleich den anderen Randgebieten Böhmens, dem Erzgebirge, dem Böhmerwald, zu den am meisten vernachlässigten Teilen Oesterreichs gehört. Die Bahnverbindungen sind äußerst mangelhaft; nur nach Rokitnik führt eine recht unvernünftig angelegte Linie mit einem stumpfsinnigen Fahrplan, sonst ist man auf die Landstraßen angewiesen. Und was für Landstraßen! Ich kann mich nicht erinnern, in irgend einem Bezirke Böhmens so elende, unfahrbare Straßen gefunden zu haben wie dort; sie sind stellenweise für Fußgänger und Fuhrwerke gleich unwegsam. Aber freilich, man kann

Warum ist die Reparationspolitik Poincarés in Frankreich populär?

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die breiten Massen des Volkes den Argumenten der Jurisprudenz gegenüber mißtrauisch, ja jumeist feindlich gesinnt sind. Das französische Volk macht diesbezüglich mit seinem leichten, manchmal etwas leichtfertigen Wesen keine Ausnahme und doch erleben wir seit mehr denn einem Jahre das merkwürdige Schauspiel, daß dieses Volk seinem Ministerpräsidenten aufrichtigen Beifall zollt, wenn er seine mit juristischen Ausführungen, bzw. Haarspaltereien gespidten Sonntagspredigten über die Reparationsfrage in irgend einem Rest Frankreichs vom Stapel läßt.

Die Franzosen haben dem preußisch-deutschen Imperialismus den furchtbaren Krieg zu danken, jenen Krieg, der den vielleicht entscheidenden Schlag gegen die Gesundheit ihres Volkes geführt und weite Gebiete ihres Landes verwüstet hat. Mit Hilfe fast der ganzen Welt haben sie den deutschen Militarismus niedergeworfen, um ihn nach fünf Jahren in anderer Form neu aufzuerstehen zu sehen.

Es versteht sich, daß die organisierten Arbeiter Frankreichs die Gefahren der Politik Poincarés dank ihrer marxistisch geschulten Denkweise erkennen und darum auch verstehen, daß es nicht der Wille der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes war, den „Geist“, der heute Deutschland regiert, wieder zur Macht kommen zu lassen. Aber wir dürfen uns darüber nicht täuschen, daß auch in den sozialistischen Kreisen Frankreichs das schärfste Mißtrauen gegen die deutsche Republik herrscht. In den ersten Tagen der Regierung Stresemann sprach ich mit einem führenden Genossen der französischen Partei über den neuen Kanzler: er hörte sich höflich meine Ausführungen über den guten Willen und die schönen Absichten der neuen Regierung an, um, als ich geendet, ein Buch zu holen, worin die Reden der bekanntesten deutschen Parlamentarier aus der Kriegszeit gesammelt sind. Eine kurze Lektüre der schönsten Siegfriedenszieler brachte mir den Kriegs-, und wie der Genosse meinte, wahren Stresemann in Erinnerung.

Der Mann hat sich nicht geändert: inwieweit hat er sein wahres Gesicht gezeigt! Im einzelnen: Belagerungszustand, Diktatur der Generale, Padelei mit dem morar. „ch-nationalistisch-reaktionären „övern, Niederschlagung des republikanisch-sozialistischen Sachsen; im allgemeinen: Aus Hungern der Massen des arbeitenden Volkes und Aufhebung der dem Industriellenprofit hinderlichen Gesetze und Verordnungen.

Die Franzosen betrachten voll Schauern in ihren illustrierten Zeitungen die zahllosen Photographien von dem Wüten der Reichswehr, blauen und grünen Polizei, und wie diese kriegsmäßig gerüsteten und wohl organisierten weißen Banden sonst noch heißen mögen. — jene Bilder, die das Elend des deutschen Arbeiters und seiner Peiniger mit furchtbaren Realistik zeigen. Die Gesichter, die unter dem Stahlhelm hervorlugen, sind in Belgien sowie im Norden Frankreichs wohl bekannt, da sie sich dort unbergelich gemacht haben. Und dieses Deutschland soll Vertrauen oder gar Mitgefühl erregen! Die Verantwortung jener, die dort zu spät eingesehen haben, wohin der Weg führt, ist groß und die Geschichte wird sie schuldig sprechen. In der letzten Stunde gibt es nur einen Weg zur Rettung der deutschen Republik und ihres arbeitenden Volkes: das Proletariat muß die Reihen schließen, um die Brut, die es ausjaugt und zu Tode quält, hinwegzufegen.

Der Augenblick ist kritisch, denn auch Frankreich steht vor der Entscheidung: im April 1924 wird die große Waffenschlacht zwischen dem Blod der Linken und dem nationalen Blod geschlagen. Die deutsche Entwicklung der kommenden sechs Monate wird nicht zuletzt Einfluß auf deren Ausfall haben.

Inland.

Kommunistische Deutschland-„Pisse“. Die Kommunisten versuchen in einzelnen Orten Mitglieder unserer Organisationen und Arbeiter für Hilfsauschüsse zur Unterstützung des reichsdeutschen Proletariats zu gewinnen. Es handelt sich den Kommunisten, wie sie in ihrer Presse sagen, darum, der deutschen Revolution zu helfen. In Wahrheit wollen sie aber der kommunistischen Partei Deutschlands Mittel zuführen, damit diese es leichter hat, ihre Putschpläne auszuführen. Was von den Kommunisten in den letzten Wochen in Deutschland geleistet wurde, zeigt deutlich, wohin die Reise gehen soll. In Sachsen haben die Kommunisten böserartigen Vorbruch verübt und entgegen ihren feierlichen Zusicherungen „Auf-rufe verbreitet, deren sinnloser „Inhalt der Reichsregierung den Vorwand zu dem unerhört brutalen Vorgehen der Reichswehr gegen die sächsische Regierung gegeben hat. In Hamburg wurde ein blutiger Putsch begonnen, der, wie nicht anders zu erwarten war, mit einer furchterlichen Niederlage für die Arbeiter geendet hat. Und in Berlin organisiert die bolschewistische Zentrale ununterbrochen neue Putsche, obwohl sie sich darüber klar ist, daß auf diese Weise das organisierte Proletariat der militärischen Reaktion ans Messer geliefert wird. Den Helfern der Kommunisten Deutschlands in der Tschechoslowakei aufzusitzen und sich für die kommunistische Hilfsaktion mißbrauchen zu lassen, davor wird allen Arbeitern ernstlich abgeraten. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Gewerkschaften führen eine gemeinsame Hilfsaktion für die Arbeiterbewegung Deutschlands durch.

Der böhmische Landesvoranschlag. In einer außerordentlichen Sitzung der Landesverwaltungs-kommission wurde der Voranschlag für 1924 beraten und genehmigt. Das Gesamterfordernis beträgt 501,624.121 Kronen und ist gegenüber dem Vorjahr um 19,5 Millionen niedriger. Die Bedeckung erreicht die Höhe von 498,992.146 Kronen und ist um 15,5 Millionen höher als im Vorjahr. Das Budget für 1924 weist demnach einen Abgang von 2,631.975 Kronen auf. Im Vorjahre schloß das Budget mit einem Abgang von 29 Millionen. Der Staat gewährt im Budget fürs nächste Jahr den Ländern keine allgemeinen Zuteilungen. Das bedeutet gegenüber dem heutigen Jahre ein Minus von 96 Millionen Kronen und gegenüber dem Vorjahre ein Weniger von 120 Millionen. Diese Entscheidung bezüglich der Zuteilung ist von der Regierung bisher nicht getroffen worden und demnach in dem, dem Parlamente vorgelegten Budget, nicht enthalten. In dieser Hinsicht muß demnach die Entscheidung der gesetzgebenden Körper abgewartet werden, denn es ist nicht denkbar — so meint „Ceste Slovo“ — daß diese staatlichen Zuteilungen, die in Böhmen ein volles Fünftel der Gesamteinnahmen bilden, den Ländern nicht gewährt werden sollten. Aus dem Budget seien folgende Posten hervorgehoben: Zentralverwaltung 34,090.000, Irrenanstalten 85,360.000, Landesanstalten für krophulose Kinder und tuberkulose Personen 8,230.000, allgemeine öffentliche Krankenhäuser und andere humanitäre Anstalten 58,680.000, Unterricht 93,260.000 (um 1,190.000 weniger), für Wissenschaft und Bildung 4,830.000; das National- und Landes-theater weisen ein Defizit von 8,160.000 (um 1,860.000 geringer), deutsches Theater 2,680.000 (um 60.000 weniger), allgemeine Landes-kredit 14,510.000 und die Landes-schuld für die Elektrifizierung des Landes 16,300.000 auf. Die Investitionen für die Elektrifizierung des Landes weisen einen Betrag von 39,095.000 Kronen gegen 83,958.591 im Vorjahre auf. Die Investitionen in den Landes-nstalten für Wasserbauten betragen 52,349.800; und zwar auf Wasserbauten 7,335.000 und für Bauten in Landes-humilitätsanstalten, für landwirtschaftliche Schulen und das Nationaltheater im ganzen 45,014.000 Kronen.

Nationaldemokratische Hege gegen die Vermittlungskommission der Internationale. Die

gen Ertrag abringen müssen, mit dem furchtbaren strengen Winter, der dort fast ein halbes Jahr herrscht. Weh, wenn der „Polad“, wie der Nordost, aus Polen wehdend, dort heißt, die Hänge durchstaut. Er wirft beladene Wagen um, die Menschen können nicht atmen, müssen Schutz vor ihm suchen. Und wie plötzlich bricht er oft los! Bei heiterem Himmel gehen die Kinder morgens zur Schule; und wenn sie nachmittags heim gehen wollen, was oft einen Weg von mehr als einer Stunde über den Schnee steil bergaufwärts bedeutet, heult der Sturm so arg, daß sie auf dem Rücken heimgetragen werden und in der Schule zurückgehalten werden müssen.

Wobon leben die Menschen dort? Industrie gibt es fast gar keine. Wie sollte sich Industrie niederlassen, wo es keine Kohle gibt und auf der Landstraße mehrere hundert Meter hoch hinaufgeschleppt werden müßte? Ein paar Mühlen, ein paar Brettsägen, eine Holzstoffabrik, das ist alles. Freilich, im nahe benachbarten Preußen drüben, da gibt es schon mehr Zuckbetriebe, denn dort ist ja das Eisenbahnnetz bedeutend dichter. Früher suchte denn auch ein großer Teil der Bevölkerung Verdienst in den Fabriken des Glatzer Landes, aber das hat, wie es sich von selbst versteht, durch die Entwertung der Mark ein Ende gefunden; müssen schon die reichsdeutschen Arbeiter hungern, so reicht der Verdienst bei denen, die herüber einkaufen müssen, nicht auf das allernotwendigste. In der Nähe von Kronstadt ist jenseits der Grenze eine große Glaschleiferei; der Unternehmer zahlt den Arbeitern aus der Tschechoslowakei den Lohn zur Hälfte in Kronen aus; und da bekommen sie 50—60 Ks wöchentlich!

Wobon leben die Menschen dort also? Die Männer arbeiten in den Forsten. Von den Mitgliedern der Krankenkasse Grulich, die im Bezirke Rokitnik angemeldet sind, sind drei Viertel landwirtschaftliche Arbeiter. Die Bezahlung ist elend und erfolgt erst im Herbst, wenn der Schlag vollständig abgetrieben, das Holz zugerichtet, zerklüftet und abgefahren ist. Die Leute haben große Mühe, im Laufe des Sommers Vorschüsse zu bekommen und müssen um jeden Hundertter Wittgänge und Besuche loslassen. Leben und Arbeit im Walde sind mühselig, gefährlich, freudlos.

Und während die Männer draußen im Schweiß ihres Angesichtes kaum ihr eigenes Brot erwerben, sitzen die Frauen und Kinder daheim und machen Schachteln. Hausindustrie ist immer und überall ein soziales Uebel, bei ihr versagen die Arbeiterschutzgesetze, die gewerkschaftlichen Erfolge, die Kollektiv-Verträge. Da gibt es keine Arbeitszeitbemessung, keine Verwechlung vor Ausbeutung der Kinder. Von frühem Morgen bis zum späten Abend wird die eintönige erschöpfende Arbeit fortgesetzt, um nur ein paar Kronen zu verdienen. Wie oft kommt es vor, daß der Lehrer von kleinen a c h t - oder n e u n j ä h r i g e n M ä d c h e n , deren müdes Aussehen ihm auffällt, auf seine Frage erfährt, daß sie schon vor Schulbeginn ein paar Stunden haben bei i n S c h a c h t e l m a c h e n h e l f e n müssen; um 5 Uhr hat man sie dazu aus dem Bette geholt. Und doch sind die Leute dort glücklich, daß die Schachtelmacherei, die in den letzten Jahren arg darniedergelegen ist, nun wieder ein wenig aufblüht. Vom Verdienste des Mannes können sie nicht leben; um sich den länglichen Lebensunter-

tschechischen Nationaldemokraten benützen jede Gelegenheit, um eine nationale Hege zu entfalten. Neuerdings glauben sie, die Anwesenheit der internationalen Vermittlungskommission in der Tschechoslowakei nicht ohne Gefährdung vorbeigehen lassen zu können. Neben den zahlreichen Verhängnissen beriefen sie für vorgestern abends eine Versammlung der nationaldemokratischen Arbeiterschaft gegen die Einmischung von Ausländern in die inneren Verhältnisse der Tschechoslowakei ein. In die Versammlung kamen — so schreibt das „Pravo Lidu“ — etwa 250 Großfleischer, Hausherren, Professoren und Kaffeehausjünglinge, es kam auch der Dichter Viktor Džif, um mit großen Worten und noch größeren Gesten die „Schädlinge der Nation“ abzurufen und man sprach viel, sehr viel. Viktor Džif rortete sich auf und die goldene Axt des Dichters wurde eine Aufpeitschung ihrer Nerven bedarf. Klatsche der Beifall. Sie wünschte nur, daß sich die Komödie öfters wiederhole. Das Gerücht über die Verräter fiel sehr ärmlisch aus. Der tschechoslowakische Ueberpatriot, Professor Erba, ließ hiebei folgende Gedankenreihe fallen: „Man sagt, daß die Sozialisten die goldene Internationale bilden. Aber das ist nichts Schönes, weil die Industriellen untereinander nur Verträge abschließen und sich in nationalen Sektionen vereinigen, welche dann gemeinsam verhandeln, aber nur deshalb, um verschiedene geschäftliche und wirtschaftliche Verbindungen abzuwickeln. Die Arbeiter aber in ihrer Internationale verkünden die allgemeine Revolution und das ist etwas Anders. Dadurch, daß sie die Revolution verkünden, begehen sie geradezu eine Sünde an der Arbeiterschaft der der Internationalismus schadet.“ Die kapitalistische Internationale, ja, Kramax, das ist etwas Anderes!

Eine nette Gesellschaft. In der letzten Sitzung des Stadtrates Falkenau gab Genosse Kay bekannt, daß der Festausschuß des berühmten Kameradschaftstages ehemaliger „78er“ der Gemeinde einen Betrag von 7500 Kronen 10 Fesseln schuldet. Der Deutsche Sportklub ist ebenfalls einen Betrag von 1972 Kronen schuldig. Da diese Gelder für den Armenfonds bestimmt sind, fragte Genosse Kay, was der Stadtrat zu tun gedenkt, um diese Forderungen hereinzubringen. Es wurde, wie dem Karlsbader „Volkswille“ mitgeteilt wird, beschlossen, die verantwortlichen Leiter dieser Veranstaltungen vorzuladen und die Bezahlung von ihnen zu verlangen. Ist das nicht eine sehr nette Gesellschaft, die da Feste veranstaltet — noch dazu unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit — und dabei dem Armenfond das Geld schuldig bleibt? Es wäre vielleicht angezeigt, wenn die Deffenlichkeit auch darüber etwas erfahren würde, mit welchem Reingewinn der „Kameradschaftstag“ abgeschlossen und zu welchem Zwecke das Geld verwendet wurde. Damals hieß es, daß die Kriegsinvaliden unterstützt werden. Bisher ist nicht bekannt, daß auch nur ein Kriegsinvalide etwas erhalten hätte.

Ein Erfolg unserer Kleinlandwirte. Das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Kleinbauern und Gärtler, Sitz Tepitz, erhielt vom Ministerium für Landwirtschaft in Prag die erfreuliche Nachricht, daß das vom Verband eingereichte Gesuch um eine Vertretung sowohl in der Delegiertenversammlung als auch im Ausschuß des Landeskulturrates für Böhmen genehmigt wurde. Damit ziehen die ersten sozialdemokratischen Anwälte der selbständig organisierten deutschen Kleinlandwirte in die wichtigste Interessensvertretung der Landwirtschaft Böhmens ein, welche bisher ausschließlich von den Großagrarern und den Großbauern beherrscht wurde. Wie stark die Strömung der Kleinlandwirte-Bewegung ist, beweist der Umstand, daß die deutsche Sektion des Landeskulturrates das Gesuch befürwortet hatte.

Sträflinge statt Arbeiter. Zu der Notiz des „Sozialdemokrat“ vom 24. Oktober über die Entlassung von Arbeitern bei den städtischen Bauten in Reutitschein durch den neuen Bürgermeister Dr. Schollisch und die Einstellung von Arrestanten teilt uns das Stadtbauamt Reutitschein folgendes mit: „In letzter Zeit wurden nach Beendigung

halt zu sichern, setzen sie Gesundheit, Kinderglück, die kommenden Geschlechter aufs Spiel. An diesen Tragödien gehen Staat und Gesellschaft blind vorüber.

Eine Sorge des Bewohners der industriellen und dichter bevölkerten Gebiete bleibt freilich den Deuten im Adlergebiet erspart: die um die Wohnung, um den Mieterschutz. Dort hat fast jeder sein Häuschen; und wenn es auch nur eine Hütte ist, wenn die Unterkünfte auch allen Gesetzen der Hygiene Hohn sprechen, es ist doch ihr eigen, niemand kann sie vertreiben. Ein Stückchen Feld, um Kartoffeln zu bauen, ein Endchen Wiese, um eine Ziege zu füttern, gehört gewöhnlich auch dazu; und so hängen die Menschen an ihrer Scholle und ertragen Not, Elend, Fremdbildigkeit mit einem Gleichmut, der uns in Erstaunen versetzt.

Freilich haben sie dabei einen Tröster, der die Gefahren ihrer die leibliche und geistige Gesundheit ohnedies argbedrohenden Lebensweise noch verdoppelt, es ist der Branntwein. Er begleitet sie in den Wald, er steht im Wirtschaftshaus vor ihnen, er ist in die Familien eingedrungen; nicht aus „Stamperln“ wird er getrunken, sondern aus ganz großen Gläsern, er ist zur täglichen Gewohnheit geworden, wird als Wärme, Kraft und Gesundheit spendendes Mittel geschätzt. Wie wenig dort die wehre Natur dieses Volkstammes noch bekannt ist, geht daraus hervor, daß sie und da sogar den Kindern zum Frühstücken noch warmer, verdünnter, gezuckerter Schnaps gereicht wird, so daß sie benommen in die Schule kommen. Das Adlergebiet ist die meines Wissens einzige Gegend Böhmens, wo heute noch den Säuglingen der

Rahrs Sieg über das Reich.

Prehfreiheit im Zeichen der Geßerei. — Jagd auf Kommunisten. — Ein Aufruf des Parteivorstandes.

Berlin, 3. November. (Eigenbericht.) Der „Vorwärts“ stellt fest, daß entgegen den Wünschen des Zentrums und der Demokraten die bürgerlichen Minister zu einer Ablehnung der sozialdemokratischen Forderungen kamen. Das Ausscheiden der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung wird vom Blatte als ein Sieg Rahrs über das Reich bezeichnet. Innerhalb des Reiches sei jetzt mit einem starken Anwachsen der Reaktion zu rechnen. Die bestehenden Kräfte atmen mit Erleichterung auf. Wie die Blätter sagen, hat das Reichswehrministerium die Schlussbemerkung des Artikels des „Vorwärts“ beanstandet, in welchem dieser der Reichswehr sagte, „sie möge mit ihrer Musik zum Teufel gehen.“ Deswegen beabsichtigte der Reichswehrminister, den „Vorwärts“ zu verbieten. Stresemann griff jedoch selbstvermittelnd ein. Geßler legte der Redaktion des „Vorwärts“ nahe, eine genau formulierte Erklärung in dieser Sache abzugeben. Die Redaktion lehnte dies selbstverständlich ab.

In den letzten Tagen sind in Berlin zahlreiche Verhaftungen von Mitgliedern der kommunistischen Partei vorgenommen worden. Bei den Verhafteten wurden Waffen und Material beschlagnahmt,

das darauf deuten läßt, daß die kommunistische Partei an der weiteren Aufstellung und Bewaffnung der Hunderttausenden arbeitet. Unter den Festgenommenen befinden sich auch Teilnehmer an den Hamburger Unruhen. Auch eine Hausdurchsuchung bei der „Roten Fahne“ wurde vorgenommen.

Der „Vorwärts“ hatte heute abends eine Meldung gebracht, wonach die Regierung Anklagen von Rahr gestürzt worden sei. Die Nachricht entspricht in dieser Form nicht den Tatsachen.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner morgigen Nummer einen Aufruf des Parteivorstandes, der die Gründe für den Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister darlegt. Es wird in dem Aufruf u. a. hervorgehoben, daß nur durch eine brutale Steuerpolitik der wachsenden Verarmung des Staates begegnet werden konnte, was aber die Bürgerlichen ablehnten. Die Bürgerlichen haben sich ferner geweigert, die Voraussetzungen einer wertbeständigen Währung zu schaffen und den militärischen Ausnahmezustand aufzuheben.

Folge haben wird, wird von den Blättern als unwahrscheinlich bezeichnet, da das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten in Preußen an der Großen Koalition festhalten. Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei steht noch nicht fest.

Eine Regierung der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft.

Die Koalitionsregierung in Preußen unerschüttert.

Berlin, 3. November. In parlamentarischen Kreisen spricht man den Blättern zufolge von der Bildung einer Regierung der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft, also der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und den Demokraten. Es wäre dann aber abzuwarten, ob ein solches Kabinett im Reichstage nicht allzu große Schwierigkeiten für die Weiterführung der Arbeit bei den Parteien rechts und links finden würde. Eine Erweiterung des Kabinetts nach rechts würde bei den Demokraten auf Widerstand stoßen und auch der Reichskanzler Dr. Stresemann soll den Blättern zufolge einer Zuziehung von Vertretern der Deutschen Nationalen Volkspartei zur Ergänzung des Kabinetts abgeneigt sein.

Ueber die fernere Haltung der sozialdemokratischen Partei schreibt der „Vorwärts“, daß das Reichskabinett auf die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht rechnen könne. Die Sozialdemokratie werde jedoch auch außerhalb der Regierung es nicht unterlassen, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen zwischen ihrer überlegten Kampfmethode und der sinnlos von Illusion zu Illusion taumelnden Butschkatte der Kommunisten. Ob der Zerfall der Großen Koalition im Reiche eine Sprengung der Großen Koalition in Preußen zur

der Wasserleitungsarbeiten vier vorübergehend beschäftigte Arbeiter entlassen, da keine weitere Beschäftigung für sie vorhanden war. Bereits seit vielen Jahren, auch während der Amtsdauer der letzten Gemeindevertretung, werden bei der Stadtgemeinde Reutitschein zwei Parteien Arrestanten beschäftigt, und zwar eine davon ständig. Eine Entlassung von Arbeitern und die Einstellung von Arrestanten an ihre Stelle hat demnach nicht stattgefunden. — Dazu ist zu bemerken, daß früher die Arbeitslosen so lang wie möglich beschäftigt wurden und daß ihnen immer wieder

Aufseher in Schnaps getränkt wird, damit sie nicht so viel schreien, ein ganz entschlicher Brauch, der auf die geistige Entwicklung der Kinder den schädlichsten Einfluß hat.

So lebt das Volk des Adlergebietes. Langsam nur dringt die Aufklärung in seine Täler, niemand anderer wird sie ihnen bringen als der Sozialismus. Schon sind die allermeisten der Forstarbeiter organisiert, in ganz entlegenen Orten wird eifrig gearbeitet am Ausbau unserer Vorkale. Die Gemeindevorstände haben gezeigt, daß wir dort so gut wie keine Verluste erleiden, ja in den Gebirgsdörfern sogar an Stimmen gewonnen haben. Nur dem Sozialismus kann es gelingen, diese vernachlässigten Menschen ihrer Lethargie zu entreißen, sie dazu zu erziehen, daß sie sich zusammenschließen, um mit vereinter Kraft ihre Lage zu verbessern.

Daß sie dazu auch vom Fluche des Schnapses befreit werden müssen, bedarf nicht erst des Beweises. Das wird nicht auf einmal gehen, aber diese Vorträge — es war wohl das erste Mal, daß in diesen verlorenen Dörfern die Trinksitte entlarvt wurde und die Zuhörer sprachen oft Ohren und Mund auf — waren doch der erste Anlauf und darum war es ein dankenswertes Unternehmen der Kasse. Sie wird bei diesem mühseligen Werke die Mitarbeit der dortigen Ärzte und Lehrer nicht entbehren können, von denen schon manche sich bereit erklärt haben, an der Aufklärungsarbeit mitzuwirken. Und so können wir hoffen, daß allmählich auch dem armen Schachtelmachervolke des Adlergebietes bessere Zeiten herandämmern werden.

Ausland.

Ungarisches.

Die Anhänger Karolhis veranstalteten anläßlich der fünften Jahrestage der Oktoberrevolution ein Festessen, wobei es zu lebhaften Kundgebungen für Karolhi und die revolutionären Ideen kam. Da gegen Karolhi wegen Hochverrats ein Verfahren im Zuge ist, hat nun die Staatsanwaltschaft auch gegen die Teilnehmer an den Kundgebungen des Strafverfahren wegen Vorschubleistung eingeleitet. Die Zusammenkunft, deren Gefährlichkeit die ungarische Justizmaschine so rasch in Bewegung setzte, fand am 31. Oktober in einem Saal des Hotel Royal statt. Unter den Männern, die dem Hochverrat Karolhis auf diese Weise „Vorschub leisteten“, befanden sich die genannten Minister der Revolutionsregierung: Graf Batthany, Boga, Rogh, dann die sozialdemokratischen Abgeordneten Bropper, Bancsal, Piller, Karlas, Anna Kethly, ferner der Abgeordnete Ernst Rogh, der zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte Präsident der republikanischen Partei Emmerich Beer, der gemachte Universitätsprofessor Rufstem Bamberg und viele andere. Wie aus Budapest gemeldet wird, beschied nun der Ministerpräsident Vetsen den Landespolizeihauptmann Radassy zu sich und überhäufte ihn mit Vorwürfen, warum er die Zusammenkunft der Oktoberisten nicht mit Bruchialgewalt verhindert habe. Die ganze Einheitsfront der Konterrevolution, Rassenhändler, Legitimisten und die Regierungspartei sind darin einig, daß dieser durch gemeinsames Essen und durch ein Hoch auf Karolhi beanagene Hochverrat exemplarisch bestraft werden müsse. Der Justizminister Emil Rogh erklärte, daß die ganze Strenge des Gesetzes gegen alle angewendet werden wird, die sich bei diesem Nachtmahl die Anpreisung eines Verbrechens zuschulden kommen ließen.

Ökonomische Praxis und politische Praktiken des russischen Staatsbolshewismus.

Von M. Fesimov.

III.

Genau daselbe sehen wir auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Als in den Jahren 1918—19 angefangen die fortschreitenden wirtschaftlichen Ruins die russischen Sozialdemokraten in ihrem Appell an die bolschewistische Regierung ihr die Notwendigkeit einiger Konzessionen an die Privatwirtschaft (so die Freigabe des Handels, insbesondere mit landwirtschaftlichen Produkten und dergleichen) nahelegten, wurden sie dafür als „Verräter am Kommunismus“ zu Tode in die Arter geworfen, wo sie in körperlicher und seelischer Martern in jahrelanger, unfählicher Pein ihre „Bewegsamkeit“ büßen mußten.

Was ist? Weil — wenn auch die ökonomische Notwendigkeit des Kapitalisierens schon damals bereits mit vollkommener Deutlichkeit sich offenbarte — ihre Nichterfüllung aber zugleich noch zu keiner unmittelbaren Gefahr für die Erhaltung der bolschewistischen Herrschaft geworden war. Die andauernden weigardistischen Interventionen lenkten alle Aufmerksamkeit und konzentrierten alle Kräfte des Landes auf die militärische Abwehr der Reaktion, wodurch alle noch so dringenden Wirtschaftspragen, als im Augenblick weniger wichtige, in den Hintergrund gedrängt wurden. Je länger die bewaffneten Interventionen andauerten, desto fester fühlten sich die Bolschewiki im Regierungssattel innerpolitisch. Ihre Wachterhaltung war auf wirtschaftliche Konzessionen zugleich nicht angewiesen, da aber die Erhaltung ihrer politischen Alleinherrschaft stets die Hauptsache ist, der sie ihr Verhalten in allen anderen Dingen unterordnen, so mußten sie von diesem Standpunkte aus einen jeden als „Verräter“ und „Kramolin“ behandelnd, der ihnen zumutete, sich durch „überflüssige“, weil zu ihrer Selbsterhaltung nicht erforderliche, Konzessionen zu belasten. Deshalb folgten auch statt Konzessionen an die Wirtschaft — Skorpionen für die Sozialdemokraten. Zwei Jahre später schlägt die bolschewistische Regierung den Weg der „neuen ökonomischen Politik“ (NEP) ein und gewährt dem inländischen und ausländischen Kapital weit größere Konzessionen noch als es die Sozialdemokratie je zu empfehlen wagte.

Was ist? Weil mit dem Ende der militärischen Interventionen auch die wirtschaftspolitische Atempause für die Regierung aufgehört hat, und die wieder in den Vordergrund getretenen Wirtschaftskräfte sich nicht weiter abweisen ließen, vielmehr drohend ihr Haupt erhoben, lawinenartig zu den größten Schreden auch für die Regierung heranwuchsen und gebieterisch von dieser verlangten: „He Rhodus, he kalla!“ Die Produktion brach endgültig zusammen; das große Hungersterben kam, breitete seine tobdringenden Fittiche über das Land, warf seinen mahnennden Schatten auf die bolschewistische Regierung und offenbarte ihr das Herannahen der größten aller für sie in Betracht kommenden Gefahren: des Zusammenbruchs ihrer Herrschaft. Denn dieser Zusammenbruch müßte ja die zwangsläufige und unmittelbare Folge des im vanden Tempo heraneilenden vollständigen Chaos sein, das zugleich mit aller Gesellschafts- und Staatsorganisation

*) „Kramolin“ ist ein alt-russisches Wort und bedeutet fövvel als Rebell.

Arbeitsgelegenheit verschafft wurde, während sofort nach der Uebernahme der Geschäfte durch Dr. Schollisch von einer Partie Sträflingen Straßenarbeiten verrichtet und vollendet wurden, die einige Tage vorher von den Entlassenen begonnen worden waren.

Vor der Preshburger Bürgermeistereiwahl. Bekanntlich haben unsere Preshburger Genossen gegen die Gemeinderatswahlen Einspruch erhoben, der nun, nach sechs Wochen, mit der Begründung, daß er formfehler enthalte, abgewiesen wurde. Der Rekurs der Kommunisten wurde ebenfalls abgewiesen, mit der Begründung, daß in ihm konkrete Fälle von Wahlmissbräuchen nicht angeführt werden. Da nun die Rekurse erledigt sind, steht der Konstituierung des Gemeinderates nichts mehr im Wege. Am sechsten November findet daher die Bürgermeistereiwahl statt. Der Kampf um den zweiten Vizebürgermeisterposten, der bis jetzt zwischen dem Nationaldemokraten Dr. Kosol und dem tschechischen Sozialdemokraten Dr. Kraus hinter den Kulissen geführt wurde, hatte keinen beide Teile befriedigenden Abschluß erfahren können, weshalb die Entscheidung in offener Abstimmung fallen wird, deren Ausgang nun nicht mehr zweifelhaft ist. Dank der Initiative der Deutschen Sozialdemokraten ist es gelungen, alle im Gemeinderate vertretenen Arbeiterparteien zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen bei der Wahl zu verhalten, so daß heute schon folgendes Wahlergebnis in Aussicht gestellt werden kann: Bürgermeister Dr. Klanik (parteilos), erster Vizebürgermeister Dr. Molec (Christlich-sozial) und zweiter Vizebürgermeister Dr. Kraus (tschechischer Sozialdemokrat). Im Stadtrat werden ein tschechischer Sozialdemokrat, ein deutscher Sozialdemokrat und zwei Kommunisten neben den Vertretern der Bürgerlichen sitzen.

Aus dem Abgeordnetenhaus. Am Montag finden nachstehende Sitzungen statt. Budgetausschuß um halb 10 Uhr vormittags, Abgeordnetenhauspräsidium 11 Uhr nachmittags, Plenarsitzung um 1 Uhr nachmittags. — Am Mittwoch, den 7. Dezember hält der Ernährungsausschuß um neun Uhr vormittags eine Sitzung ab.

auch die bolschewistische Herrlichkeit weggeschwemmt hätte. Die Wackerhaltung stand auf dem Spiel. Um diese Gefahr zu bannen, mußte das Gespenst des Volksauflerbens und des Chaos vertrieben, die Wirtschaft allmählich wieder aufgebaut werden. Dies konnte aber nur mit Hilfe der Privatwirtschaft, mit Hilfe des wieder zu errichtenden Kapitalismus geschehen. Und so betrat im Jahre 1921 die bolschewistische Regierung den Weg der „neuen ökonomischen Politik“ — den Weg des Kapitalisierens — nicht also aus Einsicht für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten (diese Notwendigkeiten lagen auch schon in den Jahren 1918-19 auf der Hand), sondern weil die wirtschaftlichen Konzeptionen an den Kapitalismus nunmehr zur ultimativen Vorbedingung für das Fortbestehen ihrer politischen Macht geworden sind.

IV.

Hier, auf dem Wirtschaftsgebiete, zeigt sich wiederum deutlich, wie die rebellisch-eigensinnigste Denkeinstellung der bolschewistischen Intellektuellen das Problem der Gewalt, das Problem der politischen Wackerhaltung von allen, aber auch allen übrigen Fragen des gesellschaftlichen Lebens und Werdens löst und es über all diese Fragen, als Selbstzweck hinstellt und betrachtet. Nicht ist demnach die Aufgabe der fortschrittlich sein sollenden regierenden Kräfte — die Organisation der Gewalt, wie des gesamten politischen Lebens und der Regierungsform dem neuauftretenden, immer kräftiger sich entwickelnden Wirtschaftssystem anzupassen — sondern umgekehrt: man führt das kapitalistische dem Kommunismus diametral entgegengesetzte Wirtschaftssystem wieder ein (man verbindet sich also mit des Teufels Großmutter!), um nur die politische Gewalt in ihrer bisherigen Form und in den bisherigen Händen auch fernerhin zu behalten. Wir sehen also: das äußerlich entgegen gesetzte Verhalten der Bolschewiki zu der Frage der wirtschaftlichen Konzeptionen in den Zeiten vor und nach 1921 war und bleibt, vom Standpunkte des bolschewistischen Urwesens betrachtet, innerlich durchaus konsequent: sie lebten jegliche Konzeption an die wirtschaftliche Notwendigkeit dort ab, wo es zum Fortbestehen ihrer politischen Herrschaft nicht unbedingt notwendig war; sie gehen nunmehr diese Konzeptionen ein, wo letztere für die Erhaltung ihrer politischen Macht notwendig geworden sind. Eine und dieselbe Erwägung gibt hier wie dort den Ausschlag: Behauptung der Alleinherrschaft um jeden Preis!

Nach allem bisher Gesagten wird es nunmehr leicht zu verstehen sein, weshalb die Bolschewiki in derselben Zeit, wo sie die Kapitalisierung der Wirtschaft forcieren, auf der anderen Seite in der Innenpolitik den Despotismus ihrer Herrschaft auf die Spitze treiben, das Volk vollends entrechten, die Tschechoslowaken noch mehr unterwerfen lassen, die schrecklichsten Organe ihres Terrors feiern.

Die bolschewistische Diktatur kann, wie jede Diktatur von oben, die über und somit zwangsläufig gegen das Volk ausgeübt wird, sich nur mit Hilfe der brutalen Gewalt und der vollständigen Aniebelung der politischen Freiheit und des Rechtes halten. Die bolschewistische Diktatur mußte deshalb von ihrem Anfang an und alle die Jahre hindurch zum Terror als Hauptmittel ihrer Existenz greifen, ohne welche sie undenkbar wäre. So lange nun das Gesellschaftsleben eines ökonomisch rückständigen Landes noch nicht von den politischen Bedürfnissen einer neuzeitlichen kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung durchdrungen ist, und das politische Freiheits- und Rechtesempfinden noch tief im Unterbewußtsein der Massen dieser Gesellschaft schlummert, ohne zur bewußten Aktivität zu drängen — so lange ist es verhältnismäßig nicht schwer, die despotische Diktatur über eine solche Gesellschaft auszuüben und es braucht deshalb die unwandelbare Begleiterscheinung dieser Diktatur — der Terror — noch nicht seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Mit dem Umsichgreifen der kapitalistischen Entwicklung werden die schlummernden Kräfte der Gesellschaft wach, bilden und häufen sich immer neue politische Energien. Bei der Arbeiterkassette der politisch entrechteten Länder bildet unter solchen Umständen die Welle der mit elementarer Kraft spontan ausbrechenden ökonomischen Streiks den Vorboten ihres politischen Erwachens und des organisierten Klassenkampfes. (In Rußland sind im letzten Jahre derartige Streiks, bekanntlich zur immer häufigeren Erscheinung geworden.) Die Steigerung der politischen Aktivität der neuauftretenden Gesellschaftsklassen Rußlands ergibt sich also schon aus dem Wesen der begonnenen und zunehmenden Kapitalisierung. Diese Tendenz trägt aber zumindest die Gefahr einer zukünftigen Verzerrung oder Beschränkung der bolschewistischen Alleinherrschaft in sich. Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, um diese Gefahr zu bannen, dazu gehört augenscheinlich ein stärkerer Druck als derjenige, der ausreicht, ein sozial und politisch passives Volk zu regieren. Da nun aber das hauptsächlichste Druckmittel, über das eine Diktatur, wie die bolschewistische verfügt, — der Terror ist, so bedeutet es mit anderen Worten, daß dieselbe bolschewistische Regierung, die ihrer Selbsterhaltung wegen genötigt ist, die Wirtschaft zu kapitalisieren, aus demselben Grunde das Hauptmittel ihrer politischen Herrschaft — schon als Vorbedingungsmäßigkeit — immer ausgiebiger anwendet, den Druck des innerpolitischen Terrors immer mehr verschärft.

Und hier also ergibt sich die vollständige innere Konsequenz dieser äußerlich nahezu paradoxen Erscheinung, bedingt durch das rebellisch-eigensinnigste, brutale, intellektuelle Urwesen des Bolschewismus: die Bolschewiki kapitalisieren die Wirtschaft, um sich für die Zu-

Reichsbrot Gefrier löst auf.

Der Betriebsräteauschuss für ganz Deutschland verboten.

Berlin, 3. November. (Wolff.) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September d. J. hat der Reichswehrminister Gefrier den Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte mit Wirkung für das ganze Reich aufgelöst und verboten.

Chaos.

Eine Gans = eine Million, eine Straßenbahnfahrt = zehn Milliarden.

Berlin, 3. November. Die neue Valutakatastrophe kam auf dem heutigen Lebensmittelmarkt durch einen vollständigen Preischaos zum Ausdruck. In der Markthalle waren bei Fleisch und Fettwaren Preisdifferenzen von 20 Milliarden bei einem Pfund, bei verschiedenen Kaufständen keine Seltenheit. Eine Gans kostete eine Million. Von morgen ab wird die Straßenbahnfahrt zehn Milliarden kosten.

Die Notendruckereien kommen nach.

Ein Brot — 25 Milliarden Mark.

Berlin, 3. November. Wie die „Boschische Zeitung“ aus der Reichsbank erfährt, kann die Zahlungsmittelnappheit als überwunden gelten. Gefrier wurde in Berlin voll angezählt. Der Provinzverkehr ist schon seit gestern vollkommen befriedigt. Laut „Berliner Lokal-Anzeiger“ werden in den nächsten Tagen neue Reichsbanknoten über 500 Milliarden in den Verkehr gegeben werden.

In Berlin ist der Brotpreis von morgen ab auf 25 Milliarden erhöht worden.

Die Gefrier-Schmach.

Dresden, 3. November. Bei der Vorstellung der Beamten erklärte Ministerpräsident Gefrier, daß er mit der Uebernahme der Ministerpräsidentenschaft unter den gegenwärtigen widerlichen Umständen vielleicht das größte Opfer bringe, das je einem Staatsmann auferlegt worden sei. Der Minister des Inneren erklärte, man habe die Schmach erlebt, daß eine verfassungsmäßige Regierung mit entscherten Gewehren aus dem Ministerialgebäude entfernt wurde.

Die Reichswehr wütet in Sachsen.

Ein Toter, ein Schwerverletzter.

Dresden, 3. November. Nach dem Einzuge der Reichswehr in Chemnitz ist es dort zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Bei einer Verhaftung in den Zimmermannswerken kam es zu Zwischenfällen, bei denen die Reichswehr von der Schutzwaffe Gebrauch machte. Ein Toter und ein Schwerverletzter blieben auf dem Platze. Außerdem wurden einige Personen leicht verletzt. In Zwickau wurde von der Reichswehr das Gebäude des sozialdemokratischen „Volksblattes“ besetzt und einige Redakteure und Angestellte verhaftet, später aber wieder freigelassen.

Der illegale deutsche Militarismus.

Paris, 3. November. (Havas.) Der „Matin“ sagt in Besprechung der Lage in Deutschland, daß daselbst die Rüstungen zunehmen. Bayern und die Nationalisten verfügen über 50.000 Bewaffnete, Artillerie und Flugzeuge. Möglicherweise wird eine Vereinigung dieser Streitkräfte zu einer großen und einzigen deutschen Armee unter dem Kommando des erneuerten Großen deutschen Generalstabes erfolgen. Ein Erfolg Bayerns würde nicht die Zerstückelung des Deutschen Reiches bedeuten, sondern das Streben, es auf nationalistischen Grundlagen zu erneuern, mit einem Programm, welches einen Bruch mit Frankreich enthalten könnte.

Die Separatisten — Frankreichs Ordnungspolizei.

Paris, 3. November. (Havas.) Die Antwort Frankreichs auf die Note Englands, betreffend die Reparationen und die separatistische Bewegung im Rheinlande ist bereits überreicht worden. Sie besagt, daß Frankreich die separatistische Bewegung weder herabzurufen hat, noch sie fördert, sondern nur die Ordnung in der französischen Zone aufrecht erhält und der Bevölkerung ihren freien Willen beläßt.

Wieder eine englische Wafage an die Separatisten.

Wien, 3. November. (Wolff.) Wie die „Allgemeine Zeitung“ hört, hat der britische Oberkommissar in Koblenz, Lord Kilmarnock, eine Mitteilung der provisorischen Regierung der Sonderbündler erhalten. Er hat sie zurückgesandt mit dem Bemerkung, daß er keine Mitteilung von einer nicht anerkannten Körperschaft annehmen könne.

.....
 Kunst zu erhalten — und sie verständen den Kapitalisieren die Wirtschaft, um sich für die Zukunft zu erhalten.
 Was daher die nächste Zukunft betrifft, haben wir uns diesbezüglich keinen Illusionen hingegen. Das Terrorregiment wird unter den Bolschewiki nicht abnehmen, sondern zweifelslos ungeachtet — im gleichen Tempo mit der Wirtschaftsentwicklung zunehmen. Denn so gebietet die inner Konsequenz des Bolschewismus.

Drei Tote bei den Separatistekämpfen in Aachen.

Aachen, 2. November. (Wolff.) Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind bei dem Kampfe um den Besitz des Rathauses 3 Tote zu beklagen. In die Krankenhäuser eingeliefert wurden ungefähr 20 Verletzte.

London, 3. November. (H.A.) Der gestrige Angriff der Separatisten auf Aachen endete dramatisch. Bereits zeitlich morgens umzingelten die Separatisten das Rathaus und andere öffentliche Gebäude, deren sie sich später auch bemächtigten. Sie begannen darauf die Bevölkerung mit Revolvern und Handgranaten zu terrorisieren. Der britische Konsul in Aachen, welches sich in Händen unverantwortlicher bewaffneter Elemente befand, teilte den belgischen Behörden mit, was in der Stadt vor sich und ersuchte um Schutz. Inzwischen traf in Aachen der belgische Oberkommissar ein und forderte die Separatisten ultimativ auf, Aachen zu verlassen und ihre Waffen den Militärbehörden zu übergeben. Diese Aufforderung überraschte die Separatisten sehr, sie leisteten ihr aber Folge. Die belgischen Behörden haben die Verwaltung wieder in ihren Händen, die belgischen Militärbehörden wurden für die Aufrechterhaltung der Ordnung für die Dauer der Reorganisation der deutschen Polizei verantwortlich gemacht. Diese neue Entwicklung der Dinge wird von Korrespondenten britischer Blätter als ein gutes Zeichen angesehen.

Amerikas Standpunkt zur Sachverständigenkonferenz.

London, 3. November. Das Reuterbüro meldet aus Washington: Präsident Coolidge sei der Ansicht, daß die Beschränkung des Programmes der geplanten Sachverständigenuntersuchung über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands es nutzlos machen könnte, den Plan weiter zu verfolgen.

Washington, 3. November. (Havas.) In einem vom Weißen Hause ausgehenden Kommuniqué wird die Anschauung wiederholt, daß die Enquete über die Reparationen auf einer breiten und umfassenden Grundlage stattfinden sollte, falls ihre Nützlichkeit nicht zweifelhaft werden soll. Die Enquete wird die Hoffnung auf ein Gelingen nur dann bieten, wenn über diesen Punkt ein Einvernehmen erzielt werden wird. Sollte der Wirkungsbereich der Enquete eingeschränkt werden, würden die Vereinigten Staaten die hierdurch geschaffene neue Lage in Erwägung ziehen. Das Weiße Haus hält daran fest, daß die amerikanische Note nicht eine Herabsetzung des Reparationsbetrages vorgeschlagen hat, und ist der Ansicht, daß das Ziel der Enquete durch deren Ergebnisse die Regierungen nicht gebunden wären, die Feststellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands bis zu den Grenzen der Möglichkeit ist.

Paris, 3. November. (Havas.) Zu den Einwendungen, welche die Vereinigten Staaten gegen die Anregung Frankreichs erhoben haben sollen, das Programm der Sachverständigenkonferenz auf die Prüfung der derzeitigen Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu beschränken, und gegenüber den Meinungen, daß Prüffel sich der Anschauung Englands anschließen dürfte, daß die Enquete über die künftige Zahlungsfähigkeit Deutschlands einberufen werden sollte, wird erklärt, Frankreich halte daran fest, daß es ihm unmöglich sei, einer Aussprache über die Herabsetzung der deutschen Schuld ohne eine gleichzeitige Reduktion der alliierten Schulden zuzustimmen, einer Frage, welche die Vereinigten Staaten der Enquete nicht vorlegen wollen. Es wäre zu bedauern, wenn die Zahlungsfähigkeit Deutschlands im gegenwärtigen Zeitpunkt festgelegt würde, in welchem dessen finanzielle Mittel am meisten eingeschränkt sind.

Das englische Wahlergebnis in Oesterreich.

Wien, 3. November. (H.A.) Nach der nunmehr erfolgten Auszählung der Reststimmenmandate durch die Verbandsbehörden erscheinen als in den nächsten Nationalrat gewählt: 83 Christlich-soziale, 68 Sozialdemokraten, zwölf Abgeordnete des Verbandes der Großdeutschen und des Landbundes und zwei Abgeordnete des Landbundes für Oesterreich (Kärntner Landbund).

Der sozialistische Wahlerfolg in England.

London, 2. November. (Reuter.) Von den gestern in mehr als 3000 Städten und Landbezirken von England und Wales abgehaltenen Gemeinderatswahlen liegen bisher die Ergebnisse aus 83 Wahlbezirken vor. Die Konservativen gewannen 30 und verloren 47, die Liberalen gewannen 12 und verloren 36, die Arbeitspartei gewann 66 und verlor 38, die Unabhängigen gewannen 28 und verloren 24 Sitze.

Neuwahlen in England?

London, 3. November. (Reuter.) In einer Rede in Cardiff über die Vorschläge betreffs Einführung eines Generalstimmrechts auf Fertigware zum Schutze der einheimischen Industrie sagte der Schatzkanzler Neville Chamberlain, niemand wünsche schon heute Neuwahlen, aber, wenn die Regierung der Alternative gegenüberstehe, ihre Versprechungen zu brechen oder die Entscheidung des Landes herbeizuführen, dann könne sie darüber nicht im Zweifel sein, welchen Weg sie zu gehen habe.

Generalstreik in Polen.

Warschau, 3. November. Der hiesige sozialistische „Robotnik“ meldet, daß in der gestrigen Sitzung des Exekutivkomitees der polnischen sozialistischen Partei im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee der Gewerkschaftsorganisationen beschlossen wurde, am Montag in den Generalstreik einzutreten.

Warschau, 3. November. Die Nachricht über den Beschluß des Exekutivkomitees der polnischen sozialistischen Partei und der Zentralkommission der Gewerkschaften, wonach zum Zeichen des Protestes gegen die Militarisierung der streikenden Eisenbahner am Montag in ganz Polen ein Generalstreik proklamiert werden soll, ergänzt die oppositionelle Abendpresse mit der Mitteilung, daß der Streik bis zur Zurückziehung aller Repressivmaßnahmen gegenüber den streikenden Eisenbahnern andauern soll. — Der heutige „Robotnik“ wurde wegen der Veröffentlichung des Generalstreikbeschlusses konfisziert.

Ein neues politisches Attentat in Sofia.

Der jugoslawische Militärattaché überfallen.

Sofia, 3. November. Gestern um 20.30 Uhr wurde der jugoslawische Militärattaché Oberstleutnant Juba Kristić in seiner Wohnung von drei unbekannt Personen überfallen. Der Diener des Oberstleutnants wurde durch einen Dolchstoß in die Hand verwundet. Kristić warf sich den Angreifern entgegen, ergriff einen Revolver und verfehlte ihm einen Schlag, worauf dieser entflo. Die anderen zwei ergriffen bereits früher die Flucht. Oberstleutnant Kristić wurde im Gesicht durch einen Hieb mit dem Kolben des Revolvers verwundet. Der Revolver selbst verfehlte in der Hand des Attentäters dreimal. Im Vorzimmer der Wohnung ist ein großer Revolver alten Systems, eine Röhre und der Dolch, mit welchem der Diener verwundet wurde, zurückgeblieben. Am Tatort erschien sofort der Polizeipräsident und mehrere Minister, welche erklärten, daß der Überfall eine Provokation seitens Personen sei, die ein schlechtes Verhältnis zwischen Bulgarien und Jugoslawien wünschten. Die Polizei hat nachts zwei verdächtige Personen verhaftet.

Gegen eine griechische Neubildung.

Athen, 3. November. (Havas.) Nach Vätermeldungen hat der englische Charge d'affaires erklärt, England blide mit Besorgnis auf eine jede auf die Abhebung der Dynastie gerichtete Bewegung. Der Charge d'affaires betonte er werde sich nicht in die inneren politischen Angelegenheiten Griechenlands einmischen. Der jugoslawische Botschafter untertrieb die serbisch-griechischen wirtschaftlichen Beziehungen und erklärte, eine Aenderung der Konstitution würde nicht den Interessen des griechischen Volkes entsprechen.

Die tote Stadt.

Von John L. Sassen, New York.
 Deutsch von Stefan J. Klein.

Amerika? Ja: Amerika!!! Und dennoch... Eine tote Stadt! Georgetown, im Staate Colorado. Wie ist dies nur möglich? Wie kann hier, in Amerika, im jungen Weltteil, eine Stadt sterben?

Eine tote Stadt... Was dies wirklich bedeutet, kann sich nur vorstellen, wer bereits in einer Stadt gewesen ist, die der Feind evakuiert, die Bomben heimgesucht haben. Und wo nur jene Leute zurückgeblieben sind, die nichts mehr zu verlieren hatten.

Der Zug hält. Man steigt auf der kleinen Station aus und wird gleich durch den ersten Anblick in Erstaunen versetzt — das sich gegenüber dem Bahnhofe befindliche Restaurant ist geschlossen. Doch ist es nicht nur geschlossen: die Fenster sind eingeschlagen, das Dach ist an mehreren Stellen vom Wind fortgetragen, der Verputz abgefallen. Die Main Street? Ringsum hohe Berge. Auch die Hauptstraße führt bergig hinauf. Häuser. Niedrige Häuser. Bretter anstelle der Fenster. Große Buchstaben verkünden: „Dieses Haus ist zu verkaufen.“ — „Dieses Haus ist zu vermieten.“ Geschäfte? Ich sehe bloß drei. Das erste ist eine große Lebensmittelhandlung. Das zweite kann ein kleines kompliziertes Geschäft genannt werden: Zeitungsstand, Kurzwarenhandlung, Papierhandlung und Friseurstube. Vereint all diese Geschäfte. Das dritte ist ein Putzgeschäft, kombiniert mit Schuhwaren.

Dann folgen noch einige Läden. Doch sind alle leer, alle zu vermieten. Zu verkaufen. Die Zettel bieten die Geschäfte unsäglich hoffnungslos an!

*) Hauptstraße.

Was hat die Stadt getötet? Das Silber. Georgetown hatte einst siebentausend Einwohner...

Die Silbergruben. An der Bergwand gähnt der Grubenrachen. Der Eingang ist im Verfall. Das Holzgerüst verfault...

Die Grube heißt 'Griffith'. Überall Bergfallerscheinungen. Die Gesellschaft ist der Meinung, daß sich hier das Fördern des weißen Edelmetalls noch lohne...

Ich bleibe vor dem Schaufenster des Freizeitleben-Zeitungsstands stehen. Im Schaufenster ein Orangenbaum. Ein winziger Orangenbaum. Mit vielen, vielen Orangen...

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

'Sie haben eine gute Mutter,' wiederholte Poiret. 'Ja, die Mama hat ordentlich geblutet,' sagte Vautrin...

Auf der Main Street befindet sich die Post. Einen Briefträger gibt es hier nicht. Jeder holt sich selbst eine Briefe. Das ist keine große Arbeit...

'Herbstliche Sonntagsnachmittage, meine kaltlippigen toten Lieben, heute bin wieder ich euch begegnet.'

An der Ecke der Main Street und der 7. Straße befindet sich eine Firma: ein Transportunternehmen. Ich mußte mein Gepäck an die Bahn lassen...

Morgen wird wieder der Leichentwagen durch die Stadt fahren. In einem Haus mehr wird der Zettel hängen: 'Dieses Haus ist zu verkaufen.'

Dennoch die Stadt ist tot.

Unter der hohen Tatra.

Tatsachen und Stimmungen aus der Slowakei. Abg. Genosse Schweidhart, der in der Tatra, dem deutschen Teil der Slowakei, im Auftrag des Parteivorstandes sechs Wochen verlaufene Besammlungen absteht...

weiter und Kleinbauern, einen deutschen Sozialdemokraten zu hören, ließ die Agitationstour zustande kommen. Da zu erwarten ist, daß von nun an ein größeres Interesse dieser 'neuen' deutschen Sprachinsel zugewendet werden wird...

Zunächst etwas über die geographischen und ethnographischen Eigentümlichkeiten der Tatra: Landschaftlich gehört sie zu den reizendsten Gegenden der Republik. Hart an der polnischen Grenze gelegen...

Politisch hat das Tatragebiet durch die Javorina, dem gegen Polen zu gelegenen Teil eine nicht geringe Bedeutung aus strategischen Gründen. In der Javorina, auch Urgarten genannt...

über die Tatra bis nach Siebenbürgen. Die Einwanderungen dauerten bis in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts. Die Deutschen sollen im 15. Jahrhundert 300.000 (?) Köpfe gezählt haben...

'Nun Bäugelchen, nch ail Dich küll. Du fligst dent gor kü schnell?'

Du Es der Lenz ist Angerk, Der Wald, die Trösten grün; Es Herz druckelt mers, 's ischallt main Pled...

Eine Besonderheit in ethnographischer Beziehung bietet das mit Ackergründen reichlich ausgestattete Dorf Gisdorf. Nachgewiesenermaßen stammen die Vorfahren seiner Bewohner aus dem Eisackthal in Südtirol...

Das Tatiser Gebiet zeigt vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Die gegen die armen slowakischen Dörfer durch ihre Bauart und Sauberkeit wohlhabenderen deutschen Ortschaften zeigen je nach ihrer Terrainslage...

Eugen sich bewußt war, viel Geld im Saal zu haben, setzte er sich auf die Hinterbeine. 'Wollen Sie die Güte haben, einen Augenblick zu warten,' sagte er zu Vautrin...

'Sie werden sich schlagen,' sagte Fränlein Michoncau gleichgültig. 'Ich schlagen!' wiederholte Poiret. 'Sie gehen in den Garten,' rief Victorine...

Kunst und Wissen.

Gastspiele Michael Bohnen, Barbara Kemp, Alexander Kirchner, Max v. Schillings. Die Oper bereitet für die Tage vom 10. bis 16. d. eine Reihe von Aufführungen vor, die ganz außerordentliche Künstler als Gäste bringen werden. So wird Samstag, den 10. „Margarethe“ mit Michael Bohnen als Mephisto gegeben werden, Montag, den 12. wird Bohnen den Hans Sachs in den „Meisterlingen“ singen und am 14. gelangt Max von Schillings „Mona Lisa“ zur Aufführung, und zwar mit Michael Bohnen als Francesco, Frau Barbara Kemp von der Berliner Staatsoper in der Titelpartie, Alexander Kirchner von der Berliner Staatsoper als Salvatori und dem Komponisten als Dirigenten. Am 16. wird dann Frau Kemp noch die Centa im „Fliegenden Holländer“ singen. Kartenverkauf für diese Vorstellungen ab Dienstag.

Erstes philharmonisches Konzert. Das Dienstag unter der Leitung Alexander Zemlin'stats stattfindende erste philharmonische Konzert bringt als Programm Brahms' Akademische Festouverture und Richard Strauß' Symphonie domestica. Severin Eisenberger wird das E-Moll-Konzert von Beethoven, ferner Chopin: Prélude, Valse, Nocturne und Mendelssohn-Licht: Hochzeitsmarsch spielen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute hat 9 Uhr Arbeiter-Vorstellung „La Traviata“, abends 7 Uhr „Mädch.“; morgen Montag „Mona Lisa“; Dienstag (phil. Nö.) „Erstes phil.“

Ausschreibung!

Bei der Stadtgemeinde in Kumburg gelangt die im Sinne der Gesetze vom 23. Juli 1919, S. G. Nr. 444, und vom 3. Oktober 1907, S. G. Nr. 63, (systemisierte Stelle eines

Stadtfekretärs

zur Besetzung.
Bewerber, nicht über 35 Jahre alt, müssen Staatsbürger der tschechoslowakischen Republik und eigenberechtigt sein, die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien absolviert und sämtliche theoretischen Staatsprüfungen mit Erfolg abgelegt oder den Grad eines Doktors der Rechte an einer inländischen Universität erlangt haben, die deutsche Sprache in Wort und Schrift vollkommen, die tschechische Sprache zum Amtgebrauch genügend beherrschen. Nebenbei sind beizubringen ein Nachweis über die Unbescholtenheit, den Gesundheitszustand, sowie darüber, ob der Bewerber seiner aktiven Militärdienstpflicht bereits Genüge geleistet hat oder als zu derselben untauglich befunden worden ist, und allenfalls über seine im Staatsdienste, bei einem Selbstverwaltungsorgan, einem Rechtsanwalt oder Notare zurückgelegte Dienstzeit.
Der mit dieser Dienststelle verbundene Grundgehalt beträgt nach § 19, Punkt II, Z. 1, des Gesetzes vom 23. Juli 1919 den der II. Stufe der IX. Rangklasse der Staatsbeamten mit den gesetzlichen Zulagen.
Bewerber um diese Stelle haben die ordnungsgemäß belegten Gesuche bis zum 15. November 1923 mittags beim gerichtigten Amte einzubringen.

Stadtamt Kumburg,
am 2. November 1923.

Der Bürgermeister:
August Bartel.

„Harmonisches Konzert“; Mittwoch „Mädch.“; Donnerstag Wohltätigkeitsvorstellung „Die Fleckermaus“; Freitag „Der fähne Schwimmer“; Samstag Gastspiel Bohnen „Margarethe“; Sonntag Gastspiel Leopold Kramer „Der Teufel“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Grulich. Am Sonntag, den 11. November 1923 findet um 9 Uhr in den Lokaltäten des „Adlergebirgshote“ in Grulich die zweite diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Berichte, Parteitag und Wahl der Delegierten, Neuwahlen, Anträge und Eventuelles.

Sozialorganisation Prag VII. Donnerstag, den 8. November 1923 findet um 8 Uhr abends im Gasthaus „U Akademie“. Tagesordnung: „Freie Aussprache über die außenpolitische Lage“ und „Allgemeines“. Das einseitige Referat hält Genosse Dr. Strauß. Anfang 8 Uhr abends. Ab 7 Uhr Ausschüttung. — Auf Beschluss der letzten Vollversammlung werden die wöchentlichen Zusammenkünfte nicht mehr Freitag, sondern Donnerstags stattfinden.

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag. Dienstag, den 6. November d. J. findet im Vereinsheim „Deutscher Arbeiter“, Prag II, Smetštagasse 27, unsere Monatsversammlung mit nachfolgender Tagesordnung statt: Berichte, Einläufe, Unser Verbandstag, Wandergruppe und Eventuelles. — In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ersuchen wir um vollzählige und pünktliches Erscheinen.

Wintermäntel für Kinder u. Knaben
Spezielle Façon 1914
Spezialhaus Ferd. Hirsch
Prag, Železná 14.
Schutzmarke Filialen Narodní tř. 37 Plzeň
Teplitz-Schönan, Marktpl. 5, I. St.

Reine Ansatzhefe 1715
mit besonderer Triebkraft und höchster Haltbarkeit, garantiert reines Malzmehl u. feinsten Getreidespiritus als auch Denaturat liefert
Hatscheiner
Zucker-, Spiritus- u. Preßhefe-Fabrik der **Brüder A. & H. May.**

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte
„Apec“ und „Morrell“
1901 Vertreter für die Tschechoslowakei:
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
Druckerschrift „Bostra“ Telefon 6027

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag II, Hüglerova nam. 4. Freitag, den 3. November 1923 abends 8 Uhr wichtige Sitzung der vollständigen Ortsgruppenleitung im Verein deutscher Arbeiter, Smetštagasse Nr. 27.

Ortsgruppe Groß-Prag des Arbeiter-Abstinenzbundes. Montag, den 5. d. um 8 Uhr abends Vollversammlung im Verein deutscher Arbeiter. 1900

Turnen und Sport.

Heutige Wettspiele. Prag: Spielvereinigung Fürth gegen Slavia. — Meisterschaft 1. Klasse: Viktoria Vinohrad gegen Sparta in Vinohrad; Meteor Vinohrad gegen Ruzsfly SA. (vormittags). — Freundschaftsspiele: DFC. Erfog gegen Dagibor, Sportbrüder gegen Viktoria Russe, Sparta Koksie gegen Malostranský SA., Čechie Karlin gegen Praha VII. — DFC. Prag spielt heute in Wittowik sein Meisterschaftsspiel gegen den dortigen DFC. — Tepliz: Makkabi Brünn gegen L. FK. — Brünn: Marofsta Slavia gegen Brünn SA.

Feinverdienst
für jedermann ohne besond. Kenntnisse nach seiner Tagesarbeit. Schreibt noch heute an Fabrik J. Brož, Kardák, Kráče.
Piering-Seni u. Esstg
ist der beste!
zu haben in allen Konsum-Vereinen

Billiger Befeststoff
David, Nährische Dorfgeschichten, Gerl, Geschichten, Fritsch, Geld u. Erfahrung, Fritsch, Kapuzen, Jahn, Der Schwaben, Jürgensen, Nonnosgeschicht, Krenier, Schelmuffath, wahrhaftige, Kuriose u. sehr gefährliche Reisebeschreibungen zu Wasser u. zu Lande, Schmittenner, Treuhersige Geschichten.
Jeder Band gebunden 5 Kronen.
Bücherbergelände kostenl. Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönan, Theresienstraße 18.

Mitteilungen aus dem Publikum.
Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Basar.
1332

Prageröffnung: Dr. U. Dr. Otto Bauer, gemefener Assistent des Prager Landesspitals, hat seine Praxis als Facharzt für innere Krankheiten eröffnet. Ordiniert von 2 bis 4 Uhr, Prag II, Ukeleovská nam. 17, 1904

Sibenia
der elegante
SCHUHPUTZ

Herausgeber: Dr. Ludwig Čech und Karl Čermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

300%
Ernärmis
gegenüber der **Lederschle**
bietet **Palma**
Kautschukabsatzschle

Kochendes Wasser + **Kimi** = ausgezeichnete Rindsuppe

In einer Stunde
Das Weltall
Philosophie
Belgegeschichte
Aunageichte
Weltliteratur
Deutsche Literatur
Physik, Chemie
Hüter von bekannten Autoren wie Fergel, Schottler, Klavund, Lassar-Cohn u. a. — Jeder Band gebunden 22 G. 50.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönan, Theresienstraße 18.

Der lesende Arbeiter
das ist der dankende und kämpfende Arbeiter!
In der Not der Arbeitslosigkeit. Im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen. Im Kampfe um gelassene Freiheit und Kultur ist der **„Sozialdemokrat“** das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende, geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt. **Werdet Leser und werdet neue Leser des „Sozialdemokrat“**

— Ausschneiden und einsenden. —

Abonnements-Bestellschein. Abonnire ab 1923 monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährig 192 Kč (nicht Zutreffendes durchstreichen) den **„Sozialdemokrat“** — Verwaltung Prag II., Ukeleovská nam. 22.

Vor- und Zuname: _____
Beruf: _____
Ort, Bezirk: _____
Strasse und Nr.: _____

Inserieren Sie im **„Sozialdemokrat“**

Kč 22.—
das halbe Dutzend ganzleinene **TASCHENTÜCHER**
EBENSO
sämtliche Tischwäsche Bettleinen, Baumwollwaren Herren- und Damenwäsche in bekannt bester Qualität zu billigsten Preisen.
RUDOLF REACH,
PRAG, Ulice 28. Pijna.

Nach Muster des amerikanischen Welthauses John Wanamaker,
Newyork — Philadelphia — Paris,
veranstalten wir ab heute **Drei Serien-Wochen** Es gelangen zum Verkauf
Raglans, Winterröcke, Pelze, Winterhosen.
Aktien-Gesellschaft
PRAG II. „MORAVIA“ Václavské náměstí 15.
Filialen: Bratislava, Košice, Michalovce.